

senauseinandersetzungen ist der wachsende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Der Volkswagen-Konzern in der BRD zum Beispiel reduzierte von 1973 bis 1977 seine Belegschaft um 21 Prozent. Damit wurde jeder fünfte Arbeiter oder Angestellte auf die Straße gesetzt. Um 7000 Mann verringerte sich die Belegschaft allein 1976 im Vergleich zum Vorjahr, dennoch liefen 200 000 Autos mehr vom Band. Arbeitslosigkeit, steigende Arbeitshefte auf der einen, horrenden Profite mit über einer Milliarde Nettogewinn auf der anderen Seite sind Ausdruck der unüberbrückbaren Klassenwidersprüche in der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

18,5 Millionen Arbeitslose in den kapitalistischen Industriestaaten, eine jährliche Inflationsrate von sechs bis 26 Prozent - diese und viele andere Erscheinungen des gewöhnlichen Kapitalismus lassen die Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Systems immer spür- und erlebbarer werden. Denn: Arbeitslosigkeit ist ja nicht nur schlechthin Beschäftigungslosigkeit. Diese Geißel des Kapitalismus trifft ja nicht nur jene 18,5 Millionen Menschen, die zum direkten Nichtstun verurteilt sind, sondern auch ihre Familienangehörigen. Arbeitslosigkeit macht erworbene Qualifikation wertlos; mehr noch, Millionen wird selbst eine elementare Berufsausbildung verweigert.

Die Geißel der Arbeitslosigkeit greift als allgemeine Existenzunsicherheit um sich, zwingt noch Beschäftigte, das letzte Quentchen Kraft aus dem Körper herauszuholen, um dem gestiegenen Leistungsdruck standzuhalten. Bei Krankheit geht man nicht zum Arzt. Großunternehmen fordern direkt auf, keinerlei Fehlzeiten zu verursachen und die Leistung zu steigern: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie

Ihre Leistung wesentlich steigern müssen, weil wir sonst keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr für Sie sehen“, heißt es beispielsweise in einem von den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Eich-Dudelingen verschickten Brief.

Ein ungeheurer Druck lastet auf den Werktätigen. Und die Folgen der Arbeitslosigkeit sind bis ins Alter nachweisbar: Die Zeit der Arbeitslosigkeit zahlt sich auch in niedrigeren Renten negativ aus. Unübersehbar ist jedoch zugleich, daß angesichts der

Demagogische Lügen, die vom Kampf abhalten sollen

Eben weil die Interessen von Kapital und Arbeit nicht, wie demagogisch beteuert, „gleichberechtigt“, sondern diametral entgegengesetzt sind, verstärken die Werktätigen der kapitalistischen Welt ihre Kampfaktionen.

Wie reagiert aber nun die herrschende Klasse auf diese Herausforderung, die sich mit dem zunehmenden Kampf um das Recht auf Arbeit verbindet?

Es ist zweifellos ein bemerkenswerter Vorgang, daß die Herrschenden in den kapitalistischen Ländern sehr gern, oft und laut von allerlei sogenannten „Menschenrechten“ reden, dabei aber weitgehend das Recht auf Arbeit entweder völlig ausklammern oder alle darauf abzielenden Fragen mit negierenden oder ausweichenden Antworten an den Rand gesellschaftspolitischer Probleme zu drängen versuchen. Daß dabei alle Register der Demagogie, der Lüge und Verleumdung gezogen werden, versteht sich angesichts der Unfähigkeit der bürgerlichen Ideologie, konstruktive und gültige Antworten auf Grundfragen unserer Zeit zu geben, nahezu von selbst.

Die bürgerlichen Ideologen von heute wollen auch in bezug auf

Zustände im Kapitalismus die Tatsache immer mehr ins Bewußtsein dringt: Allein das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln gewährleistet die volle Verwirklichung des Rechts auf Arbeit; seit 60 Jahren dokumentiert das die Sowjetunion, seit 30 Jahren beweist das eine Reihe weiterer sozialistischer Länder. Diese nunmehr historischen Tatsachen lassen die Vorzüge des Sozialismus angesichts der sich weiter vertiefenden kapitalistischen Widersprüche nur noch deutlicher hervortreten.

diese Fragen nicht mehr an die progressiven Ideen des aufstrebenden Bürgertums erinnert werden. Denn bereits vor mehr als 200 Jahren - noch vor der Französischen Revolution - hatte zum Beispiel der damalige französische Staatsmann und Wissenschaftler Turgot das Recht auf Arbeit als „das erste und das unverjährlichste der Rechte“ bezeichnet. Daß er wegen seiner fortschrittlichen Ansichten vom damaligen französischen König gemafregelt wurde, bestätigt im Grunde nur, wie sehr sich alle Ausbeuterklassen bis in die Gegenwart hinein gegen die Realisierung dieses „ersten Menschenrechts“ stemmten und stemmen.

So hat sich im Auftrag des Monopolkapitals der BRD unter anderem das „Institut der deutschen Wirtschaft“ zu Köln in Sachen „Recht auf Arbeit“ zu Wort gemeldet. Aus der vom Geschäftsführer dieses Instituts verfaßten Studie gegen das Recht auf Arbeit sei nur eine der Behauptungen herausgegriffen:

Durch das Recht auf Arbeit würde „dem Arbeitnehmer das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere das Recht auf die freie Berufswahl und das Recht auf Freizügigkeit genossen“.